



Pressemitteilung

12 Mio. Euro Bundesmittel wurden 2022 ungenutzt zurückgegeben! Die LAG Arbeit fordert: mehr Beschäftigung fördern!

Am 27. Januar 2023 wurde ein neuer Vorstand der LAG Arbeit Hamburg e.V. gewählt. Für die nächsten zwei Jahre vertreten Petra Lafferentz (Alraune gGmbH), Karen Risse (einfal gGmbH) und Dennis Stender (ausblick Hamburg GmbH) den Verein.

Ziel der LAG Arbeit ist die Armutsbekämpfung durch Stärkung der öffentlich geförderten Beschäftigung in Hamburg.

Hier stellt der Vorstand erhebliches Verbesserungspotenzial fest: Wie schon in den Vorjahren hat das Hamburger Jobcenter Bundesmittel in zweistelliger Millionenhöhe ungenutzt an den Bund zurückgegeben.

Gleichzeitig wird deutlich, dass Hamburg im Vergleich mit Bremen und Berlin weiterhin **das Schlusslicht** darstellt, wenn es um Beschäftigungsförderung geht. Dies gilt sowohl für Beschäftigungsförderung insgesamt, als auch für die Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeit. Dies schadet nicht nur den ca. 19.000 förderberechtigten Langzeitarbeitslosen, sondern auch den Armutsgebieten der Hansestadt.

Karen Risse: „Gerade in benachteiligten Quartieren wie in Osdorf, Lurup, Steilshoop, Billstedt, etc. wirken soziale Erwerbsbetriebe seit Jahren strukturellen Defiziten entgegen und stützen das Gemeinwesen. Kleine Cafés, Sozialkaufhäuser, handwerkliche und haushaltsnahe Dienstleistungen, Angebote für Kinder und vieles mehr werden durch die Träger der LAG Arbeit Hamburg mit Kofinanzierung durch den Europäischen Sozialfonds betrieben. Hier besteht in allen Bezirken ein riesiger Bedarf!“

Dennis Stender ergänzt: „Mit diesen Betrieben schaffen wir niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeiten in Arbeit für Menschen, die gesundheitlich nicht fit sind, die lange nicht arbeiten konnten, die ihr Selbstwertgefühl wieder aufbauen und Erfolge erleben müssen. Erst wenn ein Schritt mentaler Stabilisierung geschafft ist, können Qualifizierung und Fortbildung greifen“

Petra Lafferentz mahnt an: „Hier wirkt die neue politische Linie ausgrenzend, Fort- und Weiterbildung gegenüber sinnstiftender Beschäftigung zu priorisieren. Zudem wird den förderberechtigten Menschen gesellschaftliche Teilhabe verwehrt und ein großes Arbeitskräftepotenzial einfach missachtet statt hier Perspektiven zu eröffnen!“

Fazit: Geld ist ausreichend vorhanden, es sollte jedoch stärker für Beschäftigungsförderung eingesetzt werden: Statt in 2022 sieben Prozent der Bundesmittel oder gut **12 Millionen Euro nicht auszugeben, könnte das Jobcenter problemlos 2.000 Arbeitsplätze schaffen**, was zugleich dem Ziel der Hamburger Koalitionsvereinbarung entsprechen hätte. **Die LAG Arbeit Hamburg e.V. fordert daher, die Zahl der öffentlich geförderten Beschäftigung nach §16i SGB II kurzfristig auf 2.000 Arbeitsplätze aufzustocken und die Möglichkeiten einer Bundes-Kofinanzierung zum Wohle der Hamburger Bezirke nutzen.**